UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Die permanente Konterrevolution: der lange Schatten des Militärputsches von 1973 in Chile

Jakob Graf, Anna Landherr

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Graf, Jakob, and Anna Landherr. 2023. "Die permanente Konterrevolution: der lange Schatten des Militärputsches von 1973 in Chile." *PROKLA: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53 (4 (213)): 685–703. https://doi.org/10.32387/prokla.v53i213.2077.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

PROKLA 213 | 53. Jahrgang | Nr. 4 | Dezember 2023 | S. 685-703
https://doi.org/10.32387/prokla.v53i213.2077

Jakob Graf • Anna Landherr*

Die permanente Konterrevolution

Der lange Schatten des Militärputsches von 1973 in Chile

Zusammenfassung: Das neoliberale Modell, das unter Augusto Pinochet nach dem Militärputsch gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende im Jahr 1973 in Chile etabliert wurde, erweist sich auch nach den großen Massenprotesten der 2010er-Jahre als stabil. Immer wieder wurde es herausgefordert, doch die politische Rechte konnte seine Grundstrukturen entgegen allen Protesten und politischen Widersachern verteidigen und teilweise sogar noch ausbauen. Dieser Beitrag argumentiert, dass die Militärdiktatur eine »permanente Konterrevolution« gegen die soziale und politische Partizipation der »marginalen Massen« initiierte, die 1973 zwar ihren Ausgang nahm, allerdings fortdauert und so das damals etablierte neoliberale Modell bis heute aufrecht erhält.

Schlagworte: Chile, Lateinamerika, Neoliberalismus, soziale Bewegungen

The Permanent Counterrevolution

The Long Shadow of the 1973 Military Coup in Chile

Abstract: The neoliberal model established in Chile under Augusto Pinochet following the military coup against socialist President Salvador Allende in 1973 has proven stable even after the large mass protests of the 2010s. Again and again, it was politically challenged. But the political right has been able to defend and, in some cases, even expand its basic structures against all protests and political opponents. This article argues that the military dictatorship in 1973 initiated a process of »permanent counter-revolution« against the social and political participation of the »marginal masses« that continues to this day, thus maintaining the neoliberal model established at that time.

Keywords: Chile, Latin America, Neoliberalism, Social Movements

* **Jakob Graf** arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Umweltsoziologie der Universität Augsburg, hat zu sozial-ökologischen Konflikten im Süden Chiles promoviert und ist Mitglied der Redaktion der PROKLA. | **Anna Landherr** arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Umweltsoziologie der Universität Augsburg und hat zu sozio-ökologischen Folgen des chilenischen Bergbaus promoviert.

Im Jahr 2023, 50 Jahre nach dem Putsch des chilenischen Militärs unter Führung von General Augusto Pinochet gegen die demokratisch gewählte sozialistische Regierung Salvador Allendes, erklärt über ein Drittel der Chilen*innen in einer Umfrage, sie seien der Meinung, Pinochet hätte das Land »vom Marxismus befreit« (MORI 2023: 9). Gerade bei älteren Menschen und Besserverdienenden scheint die Diktatur nach wie vor relativ populär zu sein (ebd.: 10f.). In der »Oberklasse« sprechen sich fast 60 Prozent für die These von der »Befreiung vom Marxismus« aus, und von denjenigen, die sich der politischen Rechten zuordnen, sind es über 70 Prozent (ebd.: 11). Auch sinkt die Zahl derjenigen, die sich kritisch zum Militärputsch äußern. Erklärten noch 2013 fast 70 Prozent der Chilen*innen, dass es nie eine Rechtfertigung für einen Putsch gab, sank diese Zahl im Zuge der aktuellen politischen Polarisierung auf nunmehr 41 Prozent (ebd.: 12). Der »Pinochetismus« scheint in der politischen, sozialen und ökonomischen Krise der letzten Jahre wieder aufzuleben.

Doch die chilenische Militärdiktatur (1973–1990) wirft ihren Schatten nicht nur im Bereich der politischen Einstellungen. Vielmehr setzen sich ihre Nachfolger in immer neuer Gestalt auch heute noch gegen diejenigen durch, die das damals etablierte neoliberale Modell angreifen. So hatten beispielsweise vor wenigen Jahren noch viele vermutet, das neoliberale Modell sei am Ende. Damals kam es zu den größten Sozialprotesten seit dem Ende der Militärdiktatur. Sie richteten sich im Oktober 2019 und in den darauffolgenden Monaten gegen die neoliberalen Kontinuitäten, die sozialen Ungleichheiten und die Fortdauer der Verfassung aus der Diktatur, legten das gesamte Land lahm, erzwangen einen verfassungsgebenden Prozess und brachten mit Gabriel Boric einen linken Präsidenten in den Regierungspalast. Doch im September 2022 stimmte eine Mehrheit der Chilen*innen gegen die »linke Verfassung« und Anfang Mai 2023 gelang es der konservativen und der extremen Rechten sogar, den Verfassungsprozess an sich zu reißen. Sie werden nun die Verfassung, die zwei Jahre zuvor von der großen Mehrheit endlich überwunden werden sollte, ganz im Geiste der Diktatur reformieren.

Diese Rückschläge der Linken wurzeln in einer tief liegenden Kontinuität. Seitdem die Militärdiktatur das neoliberale Modell in den 1970er-Jahren etabliert hatte, konnte die politische Rechte den wiederkehrenden Versuchen, soziale Verbesserungen zu erkämpfen, stets trotzen und die Grundstrukturen des neoliberalen Wirtschaftssystems aufrechterhalten oder gar ausbauen. Die konservative bis radikale politische Rechte überschneidet sich dabei stark mit Teilen der ökonomisch herrschenden Klasse des Landes (Landherr/Graf 2017). Diese relativ kleine »besitzende Klasse« konzentriert den Großteil der inländischen Unternehmen und Binnenmärkte, der

natürlichen Ressourcen und der Exporte, der öffentlichen Infrastrukturen und der Medien in ihren Händen und ist dabei nicht nur eine ökonomische Klasse an sich, sondern auch eine politisch selbstbewusste »Klasse für sich« (Fischer 2011). Nur selten entgleitet ihr das Steuerrad mit Blick auf grundlegende politische Entscheidungen. Dabei reorganisiert sich die chilenische Rechte zwar dauerhaft neu, zielt dabei aber stets darauf, die sozioökonomischen Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die die Militärdiktatur ab den 1970er-Jahren errichtet hat.

Der Militärputsch »gegen den Marxismus« von 1973 war – so unsere These – daher nicht nur ein einmaliges Ereignis, sondern initiierte einen dauerhaften Prozess der permanenten Konterrevolution gegen progressive Umbrüche, die das neoliberale Modell gefährden. Dies gilt für den Putsch gegen den demokratischen Sozialismus von Salvador Allende im Jahr 1973, es gilt für die unvollkommene Transition zur Demokratie in der Zeit zwischen 1988 bis 1990, es gilt für die Proteste in den 2010er-Jahren und für die Prozesse seit der Oktoberrebellion von 2019. Im Folgenden werden wir zunächst darlegen, was wir unter »permanenter Konterrevolution« verstehen, und ihre Dynamik am Militärputsch von 1973, der Zeit nach der Militärdiktatur in den 1990er-Jahren sowie infolge der großen Massenproteste der 2010er-Jahre ausführen. Mit einem Fokus auf die Verfassung der Militärdiktatur beziehen wir diese Prozesse abschließend auf den Begriff der permanenten Konterrevolution.

1. Permanente Konterrevolution?

Vor knapp einem Jahrhundert ging der russische Kommunist Leo Trotzki davon aus, dass in »(halb)kolonialen Ländern« die dort zahlenmäßig relativ kleine Arbeiterklasse gemeinsam mit der großen Bauernschaft zwei Revolutionen in einem einzigen historischen Prozess vollbringen müsste: die bürgerliche und die proletarische Revolution, die Niederschlagung des alten Adels sowie eine große Landreform und die Nationalisierung der Industrie (Trotzki 1970). Zweitens müsste diese sozialistische Revolution nicht nur doppelt sein, sondern auch »permanent«. Dieser Begriff ist vermutlich der jakobinischen »Volksversammlung in Permanenz« entlehnt und wurde schon von den jungen Revolutionären Karl Marx und Friedrich Engels aufgegriffen (Löwy 1987). Sie wandten sich damit gegen die »kleinbürgerliche« Revolutionsvorstellung: »Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch [...] zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind

[...]« (MEW 7: 247f.). Das Ziel der sozialen Revolution war es daher, durch eine dauerhafte direkte Organisation der Arbeiter*innen zu verhindern, dass diese in nachfolgenden Konterrevolutionen immer wieder unterdrückt würden (ebd.: 248ff.). Ihr »Schlachtruf« müsse daher sein: »Die Revolution in Permanenz« (ebd.: 254). In diesem Sinne müssten die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kampf zwischen Revolution und *Konter*revolution in Trotzkis Worten während einer »unbestimmt langen Zeit« umgestaltet werden: »Die Gesellschaft mausert sich« in fortwährenden sozialen Kämpfen (Trotzki 1970: 28). Drittens müsse die Revolution allerdings auch international sein. Sie muss dem »Charakter der Weltwirtschaft« und dem »Weltmaßstab des Klassenkampfes« gerecht werden (ebd.: 29).

Revolutionen bringen gleichzeitig immer auch Gegenkräfte hervor. Seit der französischen Revolution wird der Bewegung der Revolution diejenige der Konterrevolution entgegengestellt. In dieser Gegenüberstellung versucht die Revolution die sozialen Verhältnisse zugunsten der breiten Masse des einfachen Volkes umzugestalten, während die Konterrevolution die politische Krise zu nutzen versucht, um deren Veränderung im Sinne der herrschenden Klassen zu betreiben (Balibar 1986). Konterrevolutionen werden folglich selbst durch revolutionäre und nicht nur bewahrende, auf das Alte fokussierte Kräfte in Gang gesetzt.

Diese Polarisierung zwischen der grundlegenden Verbesserung sozialer Verhältnisse durch revolutionäre und reformerische linke Kräfte und soziale Bewegungen auf der einen und einer rechten bis extrem rechten Konterrevolution auf der anderen Seite prägt die chilenische politische Landkarte seit dem Regierungsantritt von Salvador Allende im Jahr 1970. Der Sturz von Allende durch das chilenische Militär 1973 beendete ein demokratisches sozialistisches Projekt, das durch die starke Beteiligung der städtischen und ländlichen Massen, große Umverteilungen von Ressourcen und Geld von oben nach unten und eine zunehmende Rolle des Staates in der Wirtschaft gekennzeichnet war. Er markierte den Beginn einer permanenten Konterrevolution, die ein auf ressourcenausbeutendes und auf extremer Ungleichheit basierendes Wirtschaftsmodell vertiefen sollte.

Die heutige Verteilung des Reichtums und der natürlichen Ressourcen sowie der große Einfluss, den die ökonomisch herrschende Klasse auf politische Entscheidungen ausübt, haben eine lange und konfliktreiche Geschichte. Das extraktivistische Akkumulationsmodell und die besitzende Klasse weisen eine ausgeprägte historische Kontinuität auf. Seit der Unabhängigkeit Chiles zu Beginn des 18. Jahrhunderts basiert die Wirtschaft auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Während die nationale Elite lange Zeit vor allem aus Großgrundbesitzern bestand, war der Bergbausektor vorwiegend

von ausländischem Kapital dominiert.[1] Die erfolgreichen ausländischen Geschäftsleute integrierten sich schnell in die traditionelle lokale Oligarchie und veränderten diese grundlegend. Beide erweiterten ihre Geschäftsfelder, wobei die aufsteigende Bourgeoisie und die traditionelle Oligarchie miteinander verschmolzen (Fischer 2011: 31) und sich eine Wirtschaftselite herausbildete, die sowohl mit ihrem Grundbesitz, dem Export- und Importsektor, Handel, Versicherungs- und Bankgeschäften als auch mit der Förderung von Rohstoffen Kapital akkumulierten. Dies war der erste Schritt hin zur Bildung einer homogenen unternehmerischen Klasse. Aus dieser Fusion entstanden jene Familien, die teilweise heute noch an der Spitze der ökonomischen Elite Chiles stehen, und die bereits damals ihre politische Position konsolidierten. Die unterschiedlichen Kapitalfraktionen und die ursprünglich existierende Heterogenität der Akteure und ihrer Interessen ließen sich zusehends in einem Block vereinen, da die gesamte besitzende Klasse in einem wesentlichen Punkt dieselben Interessen verfolgte: den Erhalt des kapitalistischen Systems und die Verteidigung des Privateigentums an den zentralen Produktionsmitteln (ebd.: 14).

Dieses Modell schien allerdings Mitte des 20. Jahrhunderts durch die zunehmende Stärke linker politischer Kräfte gefährdet. Vor dem Hintergrund der »kommunistischen Welle« in Lateinamerika und dem gesamten Trikont und vor allem nach dem Sieg der Revolution in Kuba im Jahre 1959 drohte mit dem Wahlsieg Allendes eine weitere Ausbreitung des Sozialismus in Lateinamerika. Daher erhielt die herrschende Klasse Chiles auch internationale Unterstützung aus den USA gegen die »sozialistische Gefahr«.

2. Die Konterrevolution von 1973

Chile erlebte im 20. Jahrhundert ein starkes Wachstum der Städte, in denen eine Industrialisierung stattfand und sich in begrenztem Maße eine Industriearbeiterschaft herausbildete, die allmählich auch an politischer Bedeutung gewann (Fischer 2011: 66f.). Der Großteil der Menschen, die vor der Armut auf dem Land in die Städte flohen, bildeten allerdings eine »marginale Masse«, die vom wirtschaftlichen Wachstum wenig profitierte (Salazar 2017: 169ff.). Im Zuge der darauffolgenden sozialen Polarisierung drängten soziale, linke und kirchliche politische Kräfte immer stärker zu Landreformen, die das Leben der Armen außerhalb der Städte verbessern und den wachsenden

1 Im 17. Jahrhundert investierten vor allem Engländer, Franzosen und US-Amerikaner in Chile in den Kupferabbau. Ab Ende des 17. Jahrhunderts bis 1930, während des Salpeterbooms, wurde der Sektor fast ausschließlich von englischem Kapital dominiert (Fischer 2011).

Unmut eindämmen sollten. Anstatt eingehegt zu werden, entlud sich dieser jedoch im Jahr 1970 in der Wahl der Partei *Unidad Popular* und des Präsidenten Salvador Allendes. In der Folge kam es zur Ausweitung der Landreformen und sowie der Nationalisierung strategischer Produktions- und Industriesektoren, wobei unter anderem die großen Unternehmen des Bergbaus, des Finanz- und Exportbereichs sowie strategisch wichtige Industriebetriebe verstaatlicht wurden. Eine Reihe von Reformen veränderten damit die Arbeits- und (Land-)Besitzverhältnisse sowie die politischen Machtverhältnisse, in denen die »poder popular« (Volksmacht) eine zunehmende Rolle spielte. Die Konzentration von Kapital und Macht sollte gebrochen werden. Dies untergrub das traditionell herrschende Bündnis aus reichen Unternehmerfamilien, Großgrundbesitzer*innen und internationalen Unternehmen (Fischer 2011: 72). Die Entscheidungsmacht über wirtschaftliche Grundfragen ging zumindest teilweise von der besitzenden Klasse auf die Arbeiter-, Bauern- und Basisbewegungen über (ebd.: 72f.). Im Jahr 1973 war der Staat an 500 Unternehmen beteiligt und unterhielt selbst 22 Staatsbetriebe und 18 Banken (ebd.). Das Ergebnis war ein mit unterschiedlichen Mitteln ausgetragener offener Klassenkampf zwischen dem Parteienbündnis der Unidad Popular, den Gewerkschaften sowie sozialen Bewegungen auf der einen, und der besitzenden Klasse, dem Militär sowie ausländischen Akteuren auf der anderen Seite (Müller-Plantenberg 1973). Trotz all den wirtschaftlichen Problemen, vor denen das Land stand, schien es Mitte 1973 doch, als hätte die einfache chilenische Bevölkerung ihre Zukunft ein Stück weit in der eigenen Hand. Die Landreformen, die Verstaatlichungen und die Beteiligung sozialer Bewegungen an Entscheidungsprozessen vollzogen sich im Rahmen breiter Mobilisierungen, die als eine umfassende Bauernrevolte bezeichnet wurden (Bengoa 2016: 82ff.). In den Städten entstanden Arbeiterräte, die an Prozessen der Demokratisierung der Wirtschaft teilnahmen und mit denen perspektivisch industrielle Güterketten koordiniert werden sollten.

Gleichzeitig musste die ökonomische Elite dabei zusehen, wie sie ihren Handlungsspielraum verlor. Der wachsende Macht- und Kontrollverlust der großen Unternehmen auf die chilenische Politik versetzte nicht nur die nationale Elite in Sorge (Fischer 2011: 92), sondern auch die internationalen Investoren. Besonders der US-Regierung war die chilenische Entwicklung ein Dorn im Auge. Die scheinbar unaufhaltsame »kommunistische Welle«, die sich in Lateinamerika entwickelte, drohte schon seit einiger Zeit über dieses Land hereinzubrechen. Aus dieser Besorgnis entstand schon 1956 ein Projekt zur organisierten *transferencia Ideológica* (ideologische Unterwanderung) (Muñoz 2002: 8), das aus einem Austauschprogramm (*Project Chile*) zwischen der Universidad Católica de Chile und der University of Chicago

hervorging. Dessen Ziel war es, die Ideen Milton Friedmans in der universitären Landschaft des Landes zu verbreiten und die ideologische Orientierung der zukünftigen Führungskräfte Lateinamerikas zu prägen. Eine kleine, gut ausgewählte Gruppe chilenischer Studenten – überwiegend Angehörige der traditionellen Elite – wurde in Chicago ausgebildet. Sie kamen unter dem populären Namen der *Chicago Boys* als Jünger Friedmans zurück, verbreiteten diese neue Strömung neoliberaler Ideen im universitären Kontext und trugen zur ideologischen Homogenisierung der chilenischen politischen und ökonomischen Führungskräfte bei.[2]

Das politische Projekt Allendes endete im Putsch des Militärs gegen die sozialistische Regierung am 11. September 1973. Das Militär übernahm unter der Leitung des späteren Diktators Augusto Pinochet die Regierung und begann eine einzigartige landesweite Verfolgungsjagd auf alle Unterstützer*innen Allendes, um »die Ordnung im Land« wiederherzustellen. Im Anschluss an die Bombardierung und Erstürmung des Präsidentenpalastes starb Allende nach seiner Abschiedsrede über die Radiostation *Radio Magallanes* – Augenzeugen zufolge – durch Suizid. In der Folgezeit ermordete das Militär Tausende Sozialist*innen, Kommunist*innen, Gewerkschaftler*innen und Bauernanführer*innen, vertrieb die politische Opposition aus dem Land und machte die politische Linke in Chile für Jahrzehnte handlungsunfähig. Die Konterrevolution lässt sich mit Marcus Taylor (2002: 51) allerdings nicht nur durch die radikale Unterdrückung der politischen Kräfte charakterisieren, die zuvor Allendes Regierung unterstützt hatten, sondern auch dadurch, dass die Wirtschaft basierend auf dem Export von Rohstoffen verstärkt auf den Weltmarkt ausgerichtet wurde und dass sich der Staat infolge eines breiten Privatisierungsprogramms aus der Wirtschaft massiv zurückzog.

Damit war der Militärputsch keine einfache Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Regierungsantritt Allendes. Durch den Putsch von 1973 ergriff eine neue, mit den ökonomisch dominanten Familien direkt verbundene technokratische Elite die wirtschaftliche Macht. In kürzester Zeit nahmen die von Friedmans ökonomischen Vorstellungen geprägten sogenannten Chicago Boys die wichtigsten Positionen in den Ministerien ein, um von dort aus das Wirtschaftsmodell umzustrukturieren. Damit wurde mit Mitteln, die Milton Friedman selbst als eine »Schocktherapie« (Klein 2007) bezeichnete, nun das neoliberale Experiment durchgeführt, das bis heute die Grundbausteine des chilenischen Akkumulationsmodells, die extraktivistische Ausrichtung und die Reichtums- und Machtkonzentration bestimmt. Der Putsch revolutio-

2 Der Einfluss der Chicago Boys war anfangs sehr begrenzt und bis zum Militärputsch am 11. September 1973 beschränkte sich ihr Wirken auf symbolischen Widerstand.

nierte damit die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Chile grundlegend und schuf das bis heute dominante »neoliberale Vorzeigemodell«.

In vielen landwirtschaftlich geprägten Gebieten brachte erst die Militärdiktatur wirklich kapitalistische Verhältnisse hervor. Der Historiker José Bengoa (2016) sprach deshalb von einer »kapitalistischen Revolution« auf dem Land. Dabei transformierte die Militärdiktatur die frühere, quasi-feudale Hacienda-Wirtschaft durch eine Kontra-Agrarreform in eine kapitalistische Landwirtschaft. Unter Allende hatte es Landumverteilungen an Familien, die bisher auf den großen Haciendas gearbeitet hatten, sowie an indigene Gemeinschaften, chilenische Kleinbauern und -bäuerinnen und an Kooperativen gegeben. Diese wurden unter Einsatz militärischer Gewalt wieder enteignet. Die ländlichen Massen wurden proletarisiert und mussten sich in den Folgejahren als Arbeitskräfte auf den Ländereien der Großgrundbesitzer verdingen, auf denen Agrargüter für den Binnenmarkt und im zunehmenden Maße auch land- und forstwirtschaftliche Produkte für den Export produziert wurden (ebd.: 87). Schätzungen zufolge wurden etwa 400.000 Menschen in kürzester Zeit aus ihrer bisherigen ländlichen Produktions- und Lebensweise gerissen (ebd.: 93f.). Die Bauernbewegung wurde vollkommen ausgelöscht. Die quasi-feudale Hacienda-Wirtschaft, die unter der sozialistischen Regierung zugunsten der kleinbäuerlichen Wirtschaft zerschlagen worden war, wurde nun durch eine kapitalistische Land- und Forstwirtschaft ersetzt (ebd.: 89ff.). Ein Drittel der zuvor im Rahmen der verschiedenen Landreformen enteigneten Flächen wurden direkt an ihre alten Eigentümer*innen zurückgegeben, ein zweites Drittel wurde an politische Günstlinge verteilt und der Rest versteigert (wie auch die Landmaschinen der Kooperativen) (Chonchol 2017: 17). Davon profitierte eine aufstrebende Klasse mittlerer und großer Landwirte, die Forstunternehmen sowie große kapitalistische Konsortien.

Aber nicht nur die Landfrage steht deutlich für die (Konter-)Revolutionierung der sozialen Verhältnisse zugunsten der herrschenden Klasse Chiles. Die Militärregierung wandte sich den Chicago Boys zu und machte das Land zum Experimentierfeld und zum Vorreiter neoliberaler Wirtschaftsreformen. Die Maßnahmen waren drastisch: Bisher festgelegte Warenpreise wurden freigegeben, Restriktionen der Finanzbranche beseitigt und der Außenhandel geöffnet. Die Löhne wurden im Vergleich zu 1970 um die Hälfte gesenkt und zwischen 1975 und 1980 wurden rund 200 staatliche Unternehmen privatisiert, die in überwiegender Zahl an chilenische Familienkonglomerate gingen (Fischer 2011: 98f.). Die ersten Maßnahmen bestanden nicht nur in der (Re-)Privatisierung der staatlichen Unternehmen,[3] sondern auch in der Öffnung

3 Die Eigentümer*innen von vor der Nationalisierung wurden großzügig entschädigt.

der Märkte sowie der Schaffung von Investitionsanreizen für ausländisches Kapital. Daraus folgten große Zentralisationsprozesse, denn die Gewinner der Privatisierungswellen waren meist chilenische Kapitalist*innen. Schon 1978 gehörten nur fünf der heute noch einflussreichen Familien (Cruzat-Larraín, Vial, Matte, Angelini und Luksic) 53 Prozent der Aktien der 250 wichtigsten privaten Unternehmen Chiles (Fischer 2011: 104). 1987 wurden 75 Prozent der Aktiengesellschaften von nur sieben Familien kontrolliert (ebd.: 119). Gleichzeitig wurden für ausländische Kredite und Direktinvestitionen günstige Bedingungen versprochen (ebd.: 99, 107f.).

Auch die bis heute bestehende Verfassung von 1980 wurde größtenteils mit der Feder der Chicago Boys geschrieben. Darin enthalten sind neben der Idee einer technokratischen Regierung auch festgelegte »letzte Mechanismen«, die die ökonomische Ordnung vor Veränderungen sichern sollten (Fischer 2011: 124). Der Vater des Verfassungstextes, Jaime Guzmán, verkündete kurz vor dessen Fertigstellung im Jahre 1979, er sei so geschrieben, dass die politischen Spielräume für eine alternative Politik äußerst gering seien, selbst wenn die politischen Gegner an die Macht kämen.[4] Chile ist das einzige Land der Region, in dem heute, über drei Jahrzehnte nach dem Ende der Militärdiktatur, immer noch deren Verfassung gilt – eine Verfassung, die auch nach dem Militärregime nur eine »begrenzte« und »geschützte« Demokratie vorsieht (ebd.: 125).

Die Militärdiktatur in Chile und ihre »kapitalistische Revolution« (Gárate 2016) lassen sich damit eindeutig als Konterrevolution verstehen (Moulian 2002: 31f.). Sie zielten darauf, die Revolutionierung der Verhältnisse zugunsten der »marginalen Massen« und deren soziale und politische Partizipation zu verhindern. »Revolutionäre Diktaturen« wie diese zeichnen sich laut Tomás Moulian dadurch aus, dass die normative und juristische Macht (das Gesetz), die Macht über die Körper (der Terror) sowie die Macht über das Denken (das Wissen) übereinstimmen. Wobei der Terror im chilenischen Fall besonders ausschlaggebend dafür war, die Revolution einer Minderheit rasch durchzusetzen (ebd.: 29f.) und das »Wissen« und die neue Ordnung in Form einer Schockstrategie einzuführen (Klein 2007). Die Arbeiter- und Bauernbewegungen wurden durch die Militärregierung derart dezimiert, dass sie bis heute nur eingeschränkt wieder aufleben. So ist die Bauernbewegung in Chile heute faktisch nicht mehr existent und die Arbeiterbewegung bis heute in ihren Rechten stark eingeschränkt. Die Militärdiktatur verhinderte zudem eine Demokratisierung der chilenischen Wirtschaft und eine zu-

4 »Los candados a la democracia de la Constitución de 1980«, https://uchile.cl/noticias/ (14.11.2019).

nehmend staatlich gelenkte Industrie- und Wirtschaftspolitik deren Ziel es war, die chilenische Gesellschaft aus ihrer nationalen sowie internationalen Abhängigkeit zu lösen und eine eigene wirtschaftliche »Entwicklung« voranzutreiben. An deren Stelle richtete sie die Wirtschaft auf den Export von Rohstoffen aus, eine Rolle, die lateinamerikanische Länder seit ihrer Kolonisierung spielten.

Trotzkis Kriterien einer »permanenten Revolution« finden in der chilenischen Militärdiktatur damit eine direkte konterrevolutionäre Entsprechung. Diese verhinderte, dass mittels bürgerlich-demokratischer Partizipation eine soziale Partizipation erreicht werden, also eine bürgerliche in eine soziale Revolution übergehen konnte, sie verhinderte eine »Revolution in Permanenz«, in der die marginalen Massen direkt in politische und ökonomische Prozesse integriert werden konnten, und ebenso, dass der »Klassenkampf internationalisiert« wurde, wodurch für Chile eine neue Position in der internationalen Arbeitsteilung möglich geworden wäre.

3. Die Kontinuitäten nach dem Ende der Militärdiktatur

Während die Diktatur einst für die Durchführung der »kapitalistischen Revolution« notwendig gewesen war, wurde sie Ende der 1980er-Jahre sogar von den chilenischen Unternehmer*innen immer mehr als Hürde für die Integration Chiles in den Weltmarkt begriffen. Der darauffolgende »Übergang zur Demokratie« ermöglichte nicht nur die ersehnte weitere Marktöffnung, sondern auch die Legitimierung des Wirtschaftsmodells. Patricio Aylwin von der linksgerichteten *Concertación de Partidos por la Democracia*[5] war 1990 der erste demokratisch gewählte Präsident nach der Diktatur und leitete die *Transition zur Demokratie*[6] nach dem Prinzip der *Demokratie der Übereinkommen* ein. Allerdings kam es nicht zu einem Bruch mit dem Militär auf politischer Ebene. Wichtige Institutionen und politische Akteure blieben – teilweise bis heute – erhalten. Die Militärdiktatur endete dementsprechend nicht im Jahr 1990, sondern dauert insbesondere als ökonomische und soziale Ordnung im Wesentlichen fort. Die Verstetigung der während der Diktatur aufgebauten Grundstrukturen und »Infrastrukturen« wurden für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Militärdiktatur durch einen langen Vorbereitungsprozess des

5 Die *Concertación* stellt einen Zusammenschluss linker und mitte-linker Parteien dar, die als Opposition gegen das Regime von Augusto Pinochet im Plebiszit 1988 angetreten waren.
6 Transition zur Demokratie ist der Wechsel des politischen Systems ohne Bruch, wobei durch eine Reihe von Vereinbarungen zwischen Regierung und Opposition eine gewisse Kontinuität erreicht wurde, indem man wichtige Bestandteile der Diktatur in das demokratische System übernahm.

»transformismo« gewährleistet (Moulian 2002: 141ff.). Dieser Prozess lässt sich in die oben dargestellten Abschnitte der revolutionären Diktatur (1973–1980) und der konstitutionellen Diktatur (1980–1990) unterteilen (ebd.: 141), wobei besonders letztere und ihr Herzstück – die Verfassung selbst – dafür gesorgt haben, dass sich mit der Transition zwar die Staats- und Herrschaftsform verändert hat, nicht aber der herrschende Block an der Macht (ebd.).

Resultat war eine »democracia protegida y pactada« (geschützte Demokratie der Übereinkommen) (Moulian 2022: 52f.), in der die Interessen der besitzenden Klasse durch die konstitutionelle Diktatur bereits institutionalisiert und legal festgelegt waren. Jegliche Veränderungen konnten ab jetzt nur auf dem Weg der Übereinkommen mit dem bis dahin bestehenden Regime durchgeführt werden, weshalb der Concertación politisch die Hände gebunden waren. Damit stand beim Übergang zur Demokratie die Weiterführung des »chilenischen Modells« zu keinem Zeitpunkt zur Debatte. Die Verhandlungen darüber wurden vielmehr noch im Rahmen der Diktatur geführt, in der das Parteienbündnis der Concertación »mit dem Rücken zur Wand« stand (ebd.: 56f.). Die Konsequenz war die Fortführung eines technokratischen Staates, der seine Politik als interessenneutral darstellte und die Fortsetzung des politischen Projekts der Militärdiktatur entpolitisierte. Das politische System der Postdiktatur, das nachfolgend als »Jaula de hierro« (eiserner Käfig) bezeichnet wurde, fußte erstens auf der Verfassung von 1980 und einer darauf aufbauenden Gesetzgebung, in der dem liberalen Kapitalismus eine übergeordnete Rationalität zugesprochen wurde. Die Verfassung fungierte als zentrales Werkzeug zur Aufrechterhaltung und Kontinuität des politischen Projekts der Diktatur und wurde, mit Ausnahme einiger wichtigen Änderungen im Bereich der Politik, ohne weitere Änderungen übernommen (Moulian 2002: 52ff; Fischer 2011: 136ff.). Die Verfassung hat somit sowohl die Einfluss- und Handlungsmacht des Militärs und der alten (Macht-)Eliten als auch die gesellschaftspolitische Ordnung aufrechterhalten. Zwei weitere wichtige Komponenten des »eisernen Käfigs« waren das Parteiensystem und ein bis vor Kurzem nicht demokratisch gewählter Senat, in dem anschließend vorwiegend die »Agenten der kapitalistischen Revolution«, inklusive Pinochet selbst (lebenslang), vertreten waren. Der Senat hatte im Zweikammersystem aufgrund formaler Regelungen über lange Zeit ein wichtiges Vetorecht inne (Moulian 2002: 54f.).

Die chilenischen (Mitte-)Linksregierungen setzten einige wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und zur Bekämpfung der Armut durch, gleichzeitig unternahmen sie aber nichts Grundsätzliches, um die Einkommensungleichheit zu vermindern oder das Wirtschaftsmodell zu verändern. So entstand in den vergangenen Jahrzehnten

ein sogenannter rosa Neoliberalismus. Dieser verschaffte dem Akkumulationsmodell – intern durch seine Sozialpolitik und extern bei ausländischen Investoren durch die langsame Demokratisierung – Legitimität und Vertrauen. Das demokratische Chile nahm anschließend mit Blick auf seine makroökonomischen Kennzahlen eine führende Position in der lateinamerikanischen Region ein (Fischer 2011: 136). Es kam zur Transnationalisierung der gesamten chilenischen Ökonomie. In einer weiteren Privatisierungswelle wurden die Tore für ausländische Unternehmen weiter geöffnet. Der Dienstleistungssektor wurde vollständig privatisiert und der ab den 2000er-Jahren eintretende Rohstoffboom lenkte das Interesse der Investoren wieder auf den Primärsektor (ebd.: 147ff.). Auf diese Weise positionierte sich Chile als begehrtes »Geschäftsumfeld« und als ein Zentrum globaler Dienstleistungen, vor allem aber als ein prädestinierter Investitionsstandort. So wurde das Land zu einer der offensten Ökonomien der Welt, die den transnationalen Unternehmen durch die Unterzeichnung von über 60 Freihandelsabkommen große Vorteile bietet. Die chilenische Wirtschaftselite konnte sich dabei trotz der transnationalen Durchdringung ein weiteres Mal behaupten (ebd.: 221). Für transnationale Investoren sind chilenische Konglomerate wichtige Partner, nicht nur wegen ihrer Marktkenntnisse, sondern vor allem auch wegen ihres politischen Einflusses, der es ermöglicht, Umweltregulierungen zu umgehen oder die Regierung positiv zu stimmen (ebd.: 151)[7] und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Durch Ihre unterschiedlichen Machtressourcen schafft es diese Gruppe privilegierter Unternehmer*innen, den chilenischen Staat »zu kolonisieren«, wie der heutige Präsident Boric es einst ausdrückte (Matamala 2015: 24; Landherr/Graf 2017). Schon allein die Reichtums- und vor allem die Ressourcenkonzentration führte zu einer »Inbeschlagnahme der Demokratie« (Oxfam 2016).

In den Jahrzehnten nach der Diktatur wurde das neoliberal-extraktivistische chilenische Wirtschaftsmodell, das die Militärdiktatur etabliert hatte, folglich nicht transformiert oder gar demokratisiert, sondern im Gegenteil vertieft und verstetigt. Gleichzeitig bröckelte allerdings langsam die Fassade des »chilenischen Vorzeigemodells«. Die extreme Ungleichheit bezüglich der Einkommen und Vermögen (Matamala 2015: 27f.), die starke Ressourcen- und Machtkonzentration einiger weniger, gut vernetzter Familienkonglomerate (Landherr/Graf 2017) sowie der große Einfluss, den die ökonomisch herrschende Klasse auf politische Entscheidungen ausübt, kontrastieren stark mit

7 Obwohl die chilenischen Umweltregulierungen schwach sind, stellen die *evaluaciones de impacto ambiental* (Umweltverträglichkeitsprüfung) derzeit das bedeutendste Hindernis für Megaprojekte dar.

den prekären Lebensverhältnissen, den hohen Lebenshaltungskosten sowie dem begrenzten Mitspracherecht der großen Mehrheit der Chilen*innen (Graf/Landherr 2020).

4. Kein Ende in Sicht: Die erdrosselten Massenbewegungen seit den 2000er-Jahren

In Chile war schon ab Anfang der 2000er-Jahre ein wachsender Widerstand der Bevölkerung gegen das neoliberale Modell zu beobachten, das vermehrt als ein Modell »von den und für die Reichen« wahrgenommen wurde.[8] Eine neue Protestwelle begann in Chile mit der Bewegung der Schüler*innen und entlud sich in den 2010er-Jahren in einer Reihe von Massenprotesten. Von Jahr zu Jahr nahmen nun Proteste der Schüler*innen und Studierenden, der Arbeiter*innen sowie der sozialen und ökologischen Bewegungen und ebenso die sozial-ökologische Konflikte zu. Die Proteste richteten sich gegen das privatisierte Rentensystem, in das die Beschäftigten in Chile gezwungen werden, gegen das privatisierte Bildungssystem und die schlechten Zustände in den Schulen des Landes sowie gegen Preiserhöhungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und gegen extraktivistische Großprojekte (Graf 2022: 654ff.). Diese Proteste wendeten sich dabei nicht nur gegen rechte Regierungen, sondern auch gegen die Mitte-Links-Regierungen der Concertación, die das neoliberale Wirtschaftsmodell innerhalb des »eisernen Käfigs« nicht nur weiterführten, sondern teilweise sogar vertieften, sodass sich die soziale Ungleichheit im Land noch verstärkte (Ruiz 2012).

Auch linke Parteien galten damit als Teil der »politischen Elite«, die am wirtschaftlichen Modell der Militärdiktatur nichts Grundlegendes änderte. Das neoliberale Experiment schien seine Glanzzeit während dieser auf die Diktatur folgenden Mitte-Links-Regierungen zu feiern, als die chilenische Wirtschaft zum »Jaguar« Lateinamerikas gekrönt wurde (Gárate 2016: 22). Hermógenes Pérez de Arce, ein Kolumnist der konservativen Zeitung *El Mercurio*, brachte das so auf den Punkt: »Gerade dort, wo wir nicht an der Macht waren, waren wir genial. Wir haben es geschafft, dass linke Regierungen unsere Politik umsetzen« (zit. nach Fischer 2011: 179). Dies ist sicherlich einer der Hauptgründe für den heutigen allgemeinen Vertrauensverlust der Chilen*innen auch gegenüber den linken Parteien des Landes. Das Resultat

8 Schon die Hauptforderung der großen Studierendenproteste, die 2006 begannen und 2011 stark zunahmen, war etwa »¡no más lucro!« (im übertragenen Sinn: Schluss mit der Profitlogik!). In so gut wie allen seitdem entstandenen Protestbewegungen wird die Omnipräsenz der Marktlogik und »die Privatisierung des Lebens« angeprangert.

war eine bis heute andauernde umfassende Repräsentationskrise des parlamentarischen Systems. Insofern führte die Politisierung im Rahmen von Protestbewegungen daher auch nicht zu einer steigenden Wahlbeteiligung, sondern zu einem Anwachsen der Nichtwähler*innen (Medel 2023). Diese Repräsentationskrise der chilenischen Politik kulminierte in den großen Massenprotesten des *estallido social* im Oktober 2019, einer Welle sozialer Proteste, der sich innerhalb kurzer Zeit große Teile der chilenischen Bevölkerung anschlossen.

Auslöser der Proteste waren Preissteigerungen im öffentlichen Personennahverkehr in Santiago de Chile. Anschließend blockierten Tausende die U-Bahnstationen. Am 18. Oktober 2019 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, zu brennenden U-Bahnstationen, Straßenbarrikaden, Protestzügen und Plünderungen der Geschäfte großer Kaufhausketten. In den folgenden Wochen und Monaten gingen Millionen Menschen auf die Straße und forderten ein Ende des neoliberalen Systems und eine neue Verfassung. Im Mittelpunkt der Aufstände standen die stetige Erhöhung der Lebenshaltungskosten und die wachsende Verschuldung der chilenischen Bevölkerung als Folge der Kommodifizierung aller Produktions- und Lebensbereiche sowie die andauernde soziale Ungleichheit im Land (Graf/Landherr 2020). Die Maßnahmen unter der konservativen Regierung von Sebastián Piñera waren drastisch. Er rief den Ausnahmezustand aus und schickte das erste Mal seit der Militärdiktatur wieder das Militär auf die Straße, um gegen die Proteste vorzugehen. Das Nationale Institut für Menschenrechte nannte nach sechs Monaten folgende Zahlen: 34 Tote, mehr als 3.800 Verletzte und über 11.000 Inhaftierte (INDH 2020). Doch die staatliche Repression brachte die Proteste nicht zur Ruhe. Dies gelang erst im Rahmen der Coronapandemie im Mai 2020.

Da die Verfassung immer wieder einen grundlegenden Wandel des politischen und ökonomischen Systems, aber teilweise auch kleinere Reformen sowie die Umsetzung sozialstaatlicher Maßnahmen blockierte, bestand eine zentrale Forderung der Protestierenden darin, sie zu ändern. Ende 2019 konnten sie der Regierung einen kontroversen und stark umstrittenen Kompromiss abringen (»Acuerdo por la paz social y la nueva constitución«), der einen Prozess für eine neue Verfassung in die Wege leiten sollte. In einer ersten Volksabstimmung stimmten 78,3 Prozent der Chilen*innen für eine neue Verfassung, 79 Prozent verlangten, diese solle durch einen Verfassungskonvent direkter Volksvertreter*innen geschrieben werden. In den Wahlen für den Verfassungskonvent setzten sich linke und unabhängige Kandidat*innen, Delegierte indigener Völker sowie Repräsentanten sozialer und ökologischer Bewegungen durch und präsentierten im Frühjahr 2022 einen neuen Verfassungstext, der das neoliberale Modell aus den Angeln heben sollte. Ende

2021 gewann zudem der linke Kandidat Gabriel Boric die Präsidentschaftswahlen und regiert seit Anfang 2022 mit seiner Partei *Frente Amplio* im Bündnis mit der Kommunistischen Partei. Die Hoffnungen auf einen politischen Aufbruch, basierend auf einer neuen Verfassung, waren groß. Die chilenische Politik schien nun endlich aus dem von der Militärdiktatur geschmiedeten eisernen Käfig auszubrechen.

Der neue Verfassungsentwurf, der im September 2022 zur Abstimmung gestellt wurde, enthielt nicht nur weitgehende Rechte für abhängig Beschäftigte sowie Rechte der Natur, sondern auch umstrittene Themen wie die Ausweitung des Abtreibungsrechtes und das Konzept des plurinationalen Staates, das indigenen Völkern gewisse Autonomieregelungen versprach. Derartige Themen nahm die chilenische Rechte auf und organisierte eine öffentliche Angst- und Fake-News-Kampagne gegen die »linke Verfassung« (Segovia/Toro 2022). Am Ende stimmte eine deutliche Mehrheit von ca. 62 Prozent der Chilen*innen gegen den progressiven Entwurf. Späteren Analysen zufolge lagen die Gründe dafür nicht nur in der rechten Gegenpropaganda, sondern auch in Bestandteilen der Verfassung, die sich von den Forderungen der einfachen Bevölkerung weitgehend entfernten. Dazu gehörten religiöse Vorbehalte bezüglich des im Verfassungsentwurf enthaltenen Abtreibungsrechts oder das Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen »Minderheiten«, besonders in Bezug auf die Plurinationalität. Dazu kam ein Gefühl der Verbitterung der ärmeren Bevölkerung gegenüber der linken Regierung unter Gabriel Boric, die diese mit der Ablehnung des Verfassungsentwurfs abstrafen wollte, sowie eine missglückte Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungskonvents.[9] Zudem bereiteten drei »Sicherheitsprobleme«, die die Rechten medial aufgeheizt hatten, der linken Regierung erhebliche Probleme: die Migrationskrise im Norden des Landes, der »Mapuche-Terrorismus« im Süden des Landes und die hohe Kriminalität in den Städten, vor allem in der Hauptstadt Santiago. Durch den neuen, von der politischen Rechten forcierten Fokus auf Sicherheitspolitik sah sich die Regierung Boric gezwungen, sich immer mehr von ihrer eigenen Basis und ihren ursprünglichen Projekten zu entfernen (Bellolio 2023).

9 Vgl. »10 razones para entender el triunfo del Rechazo«, https://observatorio.cl/ (8.11.2022). Die Regierung unter Gabriel Boric stand von Beginn an für den Prozess einer neuen Verfassung, obwohl sie ihn nicht kontrollierte. Weil die Linksregierung allerdings schon bald nach Regierungsantritt die großen Erwartungen enttäuschte, die die ehemaligen Protestierenden des *estallido social* in sie legten, nutzten viele Menschen die Volksabstimmung über die neue Verfassung, um die Regierung Boric abzustrafen (Bellolio 2023). Es war allerdings gerade auch die bisherige Verfassung, die den von Boric versprochenen Ausbau des Sozialstaates in seiner bis dato kurzen Regierungszeit unmöglich gemacht hatte.

Doch dabei blieb die politische Gegenbewegung nicht stehen. Die Enttäuschung der Bevölkerung über die linke Regierung unter Boric und das Scheitern des von den Massenprotesten ausgelösten Verfassungsprozesses wurden noch um einen Sieg der radikalen Rechten in den Wahlen eines neuen verfassungsgebenden Konvents im Mai 2023 ergänzt. Die radikalen Rechten (*RN* und *Partido por La Gente*) stellten allein 23 der 51 Kandidat*innen und zusammen mit der konservativen Rechten weit über 50 Prozent von ihnen (Alenda 2023). Die Linke wurde abgestraft und viele oppositionelle Wähler*innen haben sich bei der Wahl wohl enthalten. So belief sich die Zahl derjenigen, die ihren Stimmzettel leer oder ungültig abgaben, auf ein Rekordhoch von über 21 Prozent.[10] Zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass die Konterrevolution auch 50 Jahre nach dem Militärputsch ein weiteres Mal triumphieren würde. Die radikale politische Rechte, die keinen Hehl daraus macht, das Erbe der Militärdiktatur und der alten Verfassung retten zu wollen, schreibt nun die »neue« Verfassung Chiles, über die im Dezember 2023 erneut abgestimmt wird.[11]

5. Pinochets langer Schatten

Die chilenische Konterrevolution konnte nicht nur verhindern, dass auf die politische eine soziale Revolution folgte, sondern sie stellte selbst eine Revolution dar, die ein neues politisches und wirtschaftliches System hervorbrachte. In der Literatur wird sie als »kapitalistische Revolution« bezeichnet (Bengoa 2016; Gárate 2016). Sie schuf als Deindustrialisierungsdiktatur eine auf den Export von Rohstoffen ausgerichtete extraktivistische Wirtschaft, deren soziale Infrastrukturen und natürlichen Ressourcen gemäß den neoliberalen Idealen umfassend privatisiert sind. Zudem war die chilenische Konterrevolution eine internationale Angelegenheit. Sie reichte von engen Verbindungen der Geheimdienste bis zur entscheidenden Rolle der Chicago Boys bei der Restrukturierung der chilenischen Wirtschaft. Die chilenische Konterrevolution sollte aber nicht nur ein einmaliger Prozess bleiben. Vielmehr wurde dieser von oben herab auf Dauer gestellt. Die Konterrevolution wurde permanent. Dies gelang vor allem durch die chilenische Verfassung. Sie sollte laut Jaime Guzmán, dem Vater der Verfassung von 1980, verhindern, dass das neoliberale Wirtschaftsmodell politisch je wieder zur Dispo-

10 »Resultados de las elecciones de Chile 2023: el triunfo del Partido Republicano y el desafío de la nueva Constitución«, https://transparenciaelectoral.org/ (9.5.2023).

11 Sie stellen die Fraktion dar, die bei der ersten Wahl die Angstkampagne des »Rechazo« gegen die neue Verfassung geleitet hatten und den verfassungsgebenden Prozess mehrfach – trotz der überwältigenden Wahlergebnisse – für ungültig erklärt hatten.

sition stehen könnte. Bis heute stößt linke Politik an diese Grenzen des »eisernen Käfigs« des in der Militärdiktatur etablierten Systems.

Nach dem Ende der Militärdiktatur bewies die besitzende Klasse ihre enorme Anpassungsfähigkeit. Obwohl schon in den 1990er-Jahren eine der wichtigsten oppositionellen Forderungen eine Verfassungsänderung war, gelang es ihr in dieser zweiten Phase der Konterrevolution, die Verfassung und die wichtigsten Grundzüge des neoliberalen Wirtschaftsmodells weitgehend unangetastet weiterzuführen. Der konstitutionelle Rahmen der »eingeschränkten Demokratie« sowie die wichtigen Pfeiler der Arbeitswelt und der legalen und sozialen Ordnung wurden nicht reformiert, die zentralen Entscheidungszentren des Staates blieben weiterhin das Finanzministerium und die Zentralbank, die sich beide außerhalb der demokratischen Reichweite befinden. Das Militär finanziert sich weiterhin direkt, also ohne jegliche Umwege, aus dem Kupferbergbau.[12] Technokratie und Expertokratie in der politischen Entscheidungsfindung werden fortgeführt, schränken die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess ein und brachten auch die bisherigen Mitte-Links-Regierungen dazu, das unter der Militärdiktatur installierte Wirtschaftsmodell fortzuführen.

Die dritte Phase der Konterrevolution betrifft die großen Massenproteste der 2010er-Jahre. Nachdem diese im Jahr 2021 einen Verfassungsprozess hervorbrachten, in dem maßgebliche Vertreter*innen der sozialen und ökologischen Bewegungen die neue Verfassung schreiben sollten und im Frühjahr 2022 eine linke Regierung, geführt von einer Partei, die selbst aus den sozialen Bewegungen hervorging, an die Macht brachten, schien das Ende der neoliberalen Wirtschaftsordnung zum Greifen nahe. Doch auch diese Prozesse wurden von der chilenischen Realität eingeholt und die politische Rechte setzte sich mit Angstkampagnen und einer Law-and-Order-Politik durch. Dies stellt eine weitere Gegenrevolution dar: Die chilenische Verfassung, das Herzstück der permanenten Konterrevolution, wird heute durch diejenigen »modernisiert«, die eigentlich Anhänger*innen der unter Pinochet erlassenen Verfassung sind und sich ursprünglich strikt gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen hatten. »Guzmán hat bereits gewonnen«, schrieb der chilenische Journalist Matamala (2023) nach den Wahlergebnissen im Mai 2023.

Die chilenische Konterrevolution, die mit der Militärdiktatur begann, hat folglich ein politisches und wirtschaftliches System hervorgebracht, das in seinen Grundzügen bis heute gegen oppositionelle Kräfte verteidigt werden

12 Nach dem chilenischen Gesetz gehen 10 Prozent der Erträge des staatlichen Bergbaus an das Militär, vgl. »Ley reservada del cobre«, http://www.defensa.cl/, Zugriff: 6.9.2017.

konnte und in einigen Punkten sogar noch vertieft wurde. Zwar ist die Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Modell in Chile ungebrochen, allerdings drückt sich dies derzeit vor allem in Form von Wahlenthaltung und einer Repräsentationskrise aus. Die Konterrevolution ist gleichzeitig ein weiteres Mal auf Dauer gestellt und erlebt derzeit womöglich einen neuen Frühling. Einerseits scheint die Militärdiktatur in Umfragen wieder populärer zu werden, andererseits hat sich die aktuelle Linksregierung schon jetzt so weit von den Forderungen der sozialen und ökologischen Bewegungen entfernt, dass Chile nach dem Scheitern des Verfassungsprozesses im Jahr 2022 und einer definitiven Fortführung des neoliberalen Modells wieder als sicherstes Land für ausländische Investitionen in Lateinamerika gilt.[13]

Literatur

Alenda, Stéphanie (2023): Batallas y reconfiguraciones en la derecha chilena. In: Nueva Sociedad 305: 146-156.

Balibar, Etienne (1986): Konterrevolution. In: Labica, Georges / Bensussan, Gérard / Haug, Wolfgang F. (Hg.): Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4. Berlin: 695-699.

Bellolio Badiola, Cristóbal (2023): Gabriel Boric o las peripecias de los hijos de la transición chilena. In: Nueva Sociedad 305: 64-73.

Bengoa, José (2016): Reforma Agraria y revuelta campesina. Seguido de un homenaje a los campesinos desaparecidos. Santiago.

Chonchol, Jacques (2017): La revolución Chilena en el campo. In: Le Monde Diplomatique Chile (Hg.): Reforma Agraria. Santiago: 5-16.

Fischer, Karin (2011): Eine Klasse für sich. Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010. Baden-Baden. DOI: https://doi.org/10.5771/9783845234199.

Gárate Chateau, Manuel (2016): La revolución capitalista de Chile (1973-2003). 4. Aufl. Santiago.

Graf, Jakob / Landherr, Anna (2020): Der Tanz der Überflüssigen: Klassenkämpfe im Globalen Süden am Beispiel Chiles. In: PROKLA 200 50(3): 467-489. DOI: https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1896.

Graf, Jakob (2022): Erneuerung durch Protest: Erfolge und Rückschläge der Linken in Chile. In: PROKLA 209 52(4): 649-668. DOI: https://doi.org/10.32387/prokla.v52i209.2017.

INDH (Instituto Nacional de Derechos Humanos) (2020): Reporte general de datos sobre violaciones a los derechos humanos. URL: https://www.indh.cl/, Zugriff: 3.8.2023.

Klein, Naomi (2007): La doctrina del shock. El auge del capitalismo del desastre. Barcelona.

Landherr, Anna / Graf, Jakob (2017): Neoliberale Kontinuität im politischen Wechselwind. Die Macht der besitzenden Klasse Chiles über die extraktivistische Ausrichtung des Landes. In: PROKLA 189 47(4):569-85. DOI: https://doi.org/10.32387/prokla.v47i189.57.

Löwy, Michël (1987): Permanente Revolution In: Labica, Georges / Bensussan, Gérard / Haug, Wolfgang F. (Hg.): Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6. Berlin: 1002-1004.

MEW – Marx, Karl / Engels, Friedrich: Marx-Engels-Werke. Berlin 1956ff.

Matamala, Daniel (2015): Poderoso Caballero. El Pe$o del Dinero en la Política Chilena. Santiago.

– (2023): Guzmán ya ganó. URL: https://www.latercera.com/, Zugriff: 3.8.2023.

Medel, Rodrigo M. (2023): Chile, la política y la calle. Dinámicas de una politización antipartidista. In: Nueva Sociedad 305: 104-115.

13 »Chile Recovers Its Position as the Safest Country for Investments In Latin America«, https://www.bloomberglinea.com/ (20.2.2023).

Moulian, Tomás (2002): Chile actual. Anatomía de un mito. Santiago.
MORI (Market Opinion Research International) (2023): Chile a la Sombra de Pinochet. La opinión pública sobre la »Era de Pinochet« 1973-2023. URL: http://morichile.cl/, Zugriff: 4.9.2023.
Müller-Plantenberg, Urs (1973): Zu den Klassenkämpfen in Chile: Interview mit Urs Müller-Plantenberg. In: PROKLA 3(10): 127–144. DOI: https://doi.org/10.32387/prokla.v3i10.1788.
Oxfam (2016): Privilegios que niegan derechos. Desigualdad extrema y secuestro de la democracia. URL: https://www.oxfam.org/, Zugriff: 2.9.2017.
Ruiz, Carlos (2012): New Social Conflicts under Bachelet. In: Latin American Perspectives 39(4): 71-84. DOI: https://doi.org/10.1177/0094582X12441516.
Salazar, Gabriel. 2017. Movimientos Sociales en Chile. Trayectoria histórica y proyección política. 5. Aufl. Santiago.
Segovia, Macarena/ Toro, Paulina (2022): Los cuatro días clave que llevaron al Rechazo al tope de las encuestas. URL: https://www.ciperchile.cl/, Zugriff: 9.9.2022.
Taylor, Marcus (2002): Success for Whom? An Historical-Materialist Critique of Neoliberalism in Chile. In: Historical Materialism 10(2): 45-75. DOI: https://doi.org/10.1163/156920602320318084.
Trotzki, Leo (1970 [1929]): Die permanente Revolution. Frankfurt/M./Hamburg.



die graswurzelrevolution kommentiert
die aktuelle Politik und Kultur
aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Normalabo/ Auslandsabo: 45 / 55 €
Förderabo/ Auslandsförderabo: 68 / 78 €
Schnupperabo/ Auslandsschnupperabo
(3 Ausgaben): 9 / 12 €
Sozialabo: 25 € | pdf-Abo: 38 €
www.graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

Politisches Sachbuch

Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat mit den jüngsten Terrorangriffen der Hamas auf israelische Zivilisten eine neue Eskalationsstufe erreicht. Das Buch von Jörn Böhme und Christian Sterzing bietet einen kurzen, leicht lesbaren und trotzdem multiperspektivischen Überblick über die komplexe Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts und die schwierigen Bemühungen um einen dauerhaften Frieden. Karten, eine Chronologie sowie Literatur- und Medienempfehlungen runden die Darstellung ab, die Orientierung in diesem andauernden Konflikt gibt.

von Jörn Böhme und Christian Sterzing
ISBN 978-3-7344-1527-2, 248 S., € 18,00
PDF: ISBN 978-3-7566-1527-8, € 17,99





ISBN 978-3-7344-1490-9, 240 S., € 18,90
PDF: 978-3-7344-1491-6, € 17,99



ISBN 978-3-7344-1193-9, 296 S., € 24,90
PDF: 978-3-7344-1194-6, € 21,99



ISBN 978-3-8252-5719-4, 351 S., € 24,90
PDF: 978-3-8385-5719-9, € 23,99

www.wochenschau-verlag.de

Lesestoff für Zeitgenossen



Heft 5/2023
152 Seiten
Print 14 € | Digital 9 €

Den *Mittelweg 36* kennenlernen und regelmäßig lesen:

- Mini-Abo (3 fortlaufende Ausgaben) **25 €** (Print) | **18 €** (Digital)
- Nachwuchs-Abo (6 fortlaufende Ausgaben) **40 €** (Print) | **35 €** (Digital)
- Jahres-Abo (6 fortlaufende Ausgaben) **56 €** (Print) | **40 €** (Digital)

www.mittelweg36.de

Mittelweg 36
Zeitschrift des Hamburger
Instituts für Sozialforschung

spw

Heft 256
Ausgabe 3 - 2023 | 9,50 Euro

Die EU im geopolitischen Wandel

Rolf Mützenich
Was heißt Europäische Sicherheits- und Friedenspolitik?

Nikolaus Kowall
Europa nach dem Krieg: Liberale Weltwirtschaftsordnung oder europäische Souveränität?

Bernd Lange
Europäische Antworten auf eine fragmentierte Globalisierung

Dominika Biegon und Cédric Koch
Reform der EU-Fiskalregeln: Mehr Demokratie wagen!

Marei Pelzer und Maximilian Pichl
EU-Asylpolitik: Politische Mehrheiten für Menschenrechte gewinnen

Nina Scheer
Leitlinien zu einem europäischen Binnenmarkt für Erneuerbare Energien



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

www.spw.de

VSA: Brüche & Kontinuitäten



Peter Wahl
Der Krieg und die Linken
Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden | Eine Flugschrift
96 Seiten | € 10.00
ISBN 978-3-96488-203-5



Frank Deppe
Zeitenwenden?
Der »neue« und der »alte« Kalte Krieg | 176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-197-7

Mehr Infos zum Verlagsprogramm: www.vsa-verlag.de

Sozialismus.de



Monatlich in der gedruckten Ausgabe Artikel zu aktuellen Anlässen sowie Hintergrundanalysen und immer etwas Theorie.

Jahresabonnement: € 85 (10 Hefte + 6 Supplements); Ermäßigt: € 65 Kennenlern-Abo (3 Hefte + Supplement): € 20

Täglich im Internet ohne Paywall auf www.Sozialismus.de Kurzanalysen & aktuelle Kommentare zwischen den monatlichen Printausgaben.